

# Freie Wähler: Kommunalwahl verschoben

Die Wählergemeinschaft will erstmals in den Rat einziehen. Durch Corona sieht sie sich im Nachteil

Von Stefanie Bald

**Winterberg.** In weniger als fünf Monaten finden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt. Die Bürger bestimmen dann über die künftige Zusammensetzung der politischen Gremien auf Stadt- und Kreisebene und wählen Bürgermeister und Landräte. Wie genau die Wahl stattfinden wird, ist aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht geklärt – so war in Bayern im März bei den Stichwahlen ausschließlich Briefwahl möglich gewesen. Aufgrund der Ausnahmesituation durch Corona gibt es Stimmen, die in NRW die Verschiebung des Wahltermins fordern.

Auch die Freien Wähler Winterberg und Ortschaften sähen das gern. Sie möchten zum ersten Mal in den Stadtrat einziehen und sehen sich bei der Vorbereitung „massiv behindert und erheblich im Nachteil“, sollte am geplanten Termin festgehalten werden. Das schreibt die Wählervereinigung in einer Anregung an die Stadt Winterberg. Darin wirbt sie dafür, dass die Stadt die Landesregierung zur Verschiebung des Wahltermins auffordern soll. Über diese Anregung wird heute Abend im Haupt- und Finanzausschuss entschieden.

Einen gewünschten Verschiebungszeitraum nennen die Freien Wähler nicht, sondern wollen die Wahl abhalten lassen, wenn „weitestgehend wieder Normalität im Land vorhanden ist“.

## Aufstellungsversammlung verspätet

„Im Februar hatten wir unser letztes Treffen, bei dem wir ein Strategiekonzept aufgestellt haben“, berichtet Sebastian Vielhaber, Vorsitzender der Freien Wähler Winterberg und Ortschaften. „Ende März, Anfang April wollten wir unsere Aufstellungsversammlung abhalten.“ Dort wären die Kandidaten für den Stadtrat nominiert worden – einen



Im September finden in NRW Kommunalwahlen statt. Die Landesregierung hat es bislang abgelehnt, den Wahltermin wegen der Coronakrise zu verschieben.

FOTO: RALF HIRSCHBERGER

eigenen Bürgermeisterkandidaten wolle man „zu 90 Prozent“ nicht aufstellen.“

Das Verbot von Versammlungen machte diesen Plänen zunächst einen Strich durch die Rechnung. Seit Ende der Osterferien sind Aufstellungsversammlungen mit entsprechenden Schutzmaßnahmen zwar wieder zugelassen. „Dennoch hängen wir vier Wochen hinter dem Zeitplan“, betont Heinrich (Heiner) Kräling, 2. Vorsitzender der FW.

Auch ein geeigneter Raum für die Versammlung habe unter den schwierigen Umständen erst gefun-

den werden müssen. Dafür habe die Stadt inzwischen auf Anfrage den Ratssaal zur Verfügung gestellt; im Mai soll die Versammlung dort nachgeholt werden.

Die FW sehen aber zusätzliche Probleme auf sich zukommen. Anders als etablierte Parteien müssen sie, um zur Wahl zugelassen zu werden, Unterstützungsunterschriften sammeln. Fünf in jedem der 16 Winterberger Wahlbezirke.

## Unterschriftensammlung schwierig

„Wir müssen als noch Unbekannte mehr Überzeugungsarbeit leisten“, sagt Kräling. „Die etablierten Fraktionen haben zudem intern deutlich weniger Abstimmungsbedarf. Bei denen mag es auch mal reichen, einen potenziellen Kandidaten anzurufen und zu fragen: ‚Du warst bisher dabei, bist du bereit, dich wieder aufstellen zu lassen?‘“

Bei den Freien Wählern seien viele mögliche Kandidaten neu im Politikbetrieb, alles müsse viel detaillierter besprochen werden. Das sei nicht immer über Telefon oder Videokonferenzen zu klären, weil es Mitglieder gebe, die wegen feh-

lender technischer Voraussetzungen oder aufgrund persönlicher Vorlieben beispielsweise kein Smartphone nutzen.

## Das sind die Themen im Fokus

Sollten die Freien Wähler Erfolg haben und in den Winterberger Stadtrat einziehen, will sie sich als „Konsens- und Mitmach“-Kraft etablieren. Deutlich mehr Bürgerbeteiligung, unter anderem durch Frage- und Diskussionsrunden, schwebt ihr vor. „Wir wollen Bürger nicht vor vollendete Tatsachen stellen“, sagt Vielhaber und ergänzt, dass er bisher bei politischen Entscheidungen in Winterberg „oft Varianten als Diskussionsgrundlage vermisst.“ Er sei sich sicher, dass in der Vergangenheit im Rat „viele unter Fraktionszwang gelaufen“ sei und nennt als Beispiel den Bau des Multifunktionsgebäudes an der Bobbahn. Insofern sähen sich die FW durchaus als „Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit“. Sie selbst würden ihren künftigen Ratsmitgliedern stets einräumen, nach persönlicher Überzeugung abzustimmen.

Zu mehr Transparenz und damit



„Bürger müssen beteiligt und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wir sehen uns als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit.“

Sebastian Vielhaber Vorsitzender Freie Wähler Winterberg und Ortschaften



„Wir müssen mehr Überzeugungsarbeit leisten als Etablierte und haben einen deutlich höheren internen Abstimmungsbedarf.“

Heiner Kräling, 2. Vorsitzender Freie Wähler Winterberg und Ortschaften

Bürgernähe gehöre auch, Diskussionsgrundlagen verständlicher zu formulieren. „Viele Verwaltungsvorlagen sind sehr aufgebläht“, findet Vielhaber. Das erschwere Politikbegeisterung, auch beim Bürger.

Wichtige Themen für die FW würden im Fall eines Wahlerfolgs unter anderem die Stärkung von Gewerbe absichts des Tourismus (Kräling: „Auf einem Bein kann man nicht stehen.“), neue Wohnbaugelände, die Ablehnung weiterer Ferienanlagen und ein stärkerer Fokus auf der Entwicklung der Ortsteile (Vielhaber: „Stadtentwicklung ist bisher zu stark konzentriert auf die Kernstadt.“). In ihrem Flyer spricht sich die FW zudem noch für erneuerbare Energien, aber gegen Windkraftanlagen, aus und verspricht, weiter gegen Straßenausbaubeiträge zu kämpfen.

In der Vergangenheit waren die FW durch teils sehr kritisch formulierte Anregungen und Anfragen an Rat und Stadtverwaltung aufgefallen. Falls man nun in den Rat einziehe, werde man kritisch, aber „nicht konsequent gegen alles sein“, betont Vielhaber.

## Freie Wähler: Verein statt Partei

- Die FW Winterberg und Ortschaften haben nach eigenen Angaben rund **20 Mitglieder** und wollen in jedem der 16 Wahlbezirke Ratskandidaten aufstellen.
- Die FW sind keine Partei, sondern ein **Verein**. Deshalb kann bei ihnen auch Mitglied werden,

wer bereits einer Partei angehört.

- Der Landesverband der freien und unabhängigen Wählergemeinschaften im Land NRW hat das Innenministerium am 31. März aufgefordert, Schritte zu einer **Verschiebung der Wahl** einzuleiten.